



POLITIK / KOMMENTAR

Flüchtlingsbewältigung - eine Hand wäscht die andere ...

(SB) - Mit der Öffnung der türkischen Westgrenze für Flüchtlinge hat Recep Tayyip Erdogan den Regierungen Europas einen Riesengefallen getan. Sie nehmen die Steilvorlage unverzüglich auf und ziehen plötzlich an einem Strang, um den Umgang mit geflohenen Menschen repressiv zu forcieren. Unter dem doppelzüngigen Vorwand, man dürfe sich von dem Despoten in Ankara nicht erpressen lassen, werden bislang geltende Standards der Menschenrechte entsorgt und die Mechanismen des Krieges gegen Migranten gravierend ... (S. 3)

UMWELT / REDAKTION

CO2 - Gefährdungsbeginn spätgeschätzt ...

(SB) - Die Eigenschaft der tropischen Regenwälder, Kohlenstoff zu binden und so die globale Erwärmung zu verlangsamen, hat abgenommen. Sie schwindet nicht nur, sondern befindet sich in einem dramatischen Abstieg. Das wurde in einer internationalen, am Mittwoch in "Nature" veröffentlichten Studie festgestellt. An ihr waren mehr als 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, hinter denen jeweils eigene Forschungsteams stehen, beteiligt. Der ... (S. 8)

Thüringen - mögliche Konsequenzen ...

Während die Linken alles tun zu verschleiern, dass sie nicht dazu gehören, verschleiern die Rechten wirkungsvoll, dass sie dazugehören. Der eigentliche Dammbbruch passiert, wo Linke im Angesicht einer drohenden Koalition aus Mitte und Faschisten von einem Dammbbruch reden.

Felix Bartels in der jungen Welt über linke Politik in Thüringen [1]

(SB) 5. März 2020 - Die Partei Die Linke hat sich mit der Wahl Bodo Ramelows zum Ministerpräsidenten einer rot-rot-grünen Minderheitsregierung in Thüringen, die nur mit Zustimmung der CDU zustande kommen konnte, keinen Gefallen getan. Die Allianz mit der Landes-CDU bringt der Linken zwar Anerkennung aus dem bürgerlichen Lager ein, doch diese ist ausschließlich ihrer Bereitschaft geschuldet, linke Prinzipien auf dem Weg in die sogenannte Mitte aufzugeben, um schließlich zur Kenntlichkeit einer opportunistischen Kraft zur Sicherung des kapitalistischen Normalbetriebes entstellt zu werden. Bodo Ramelow ist zum Symbol der lange eingeforderten Transformation der Linken zu einem Farbtupfer unter vielen geworden, der lediglich in seiner Austauschbarkeit, nicht jedoch

im festen Eintreten für soziale Streitpositionen wahrgenommen wird.

Nur eine "Ramelow-Partei" habe die Chance darauf, eine "grün-rot-rote Regierung im Bund" zu bilden, stellt der Spiegel [2] unter Verweis auf den geläuterten Linksradikalen Joseph Fischer fest. Er habe "sich von seinen Grünen emanzipiert, um als heimlicher Vorsitzender die Richtung vorzugeben" und Die Grünen "zur Fischer-Partei" zu machen. Sein historisches Verdienst, die antimilitaristische Haltung der einst linksalternativen Partei in die Zustimmung zu einer mit humanitären Legitimationsformeln für Kriege in aller Welt scharfgemachten Bundeswehr verwandelt zu haben, hat ihm höchste Meriten als Staats- wie Geschäftsmann eingebracht. Diese um ein Vierteljahrhundert zeitverzögerte Entwicklung bei der Linken eingeleitet zu haben könnte einmal als historisches Verdienst Ramelows gelten. Wer sich in der Rolle des "Landesvaters" so wohl zu fühlen scheint wie er, dem kann die Parteinahme für die Ausgebeuteten und Unterdrückten nur als Verstoß gegen die patriarchale Ordnung des Oben und Unten erscheinen.

Der in der Linkspartei aufbrandende Jubel um Ramelow's Wiederwahl soll das ungute Gefühl vertreiben, mit dieser Allianz jegliche linke, antifaschistische und antikapitalistische Unverwechselbarkeit aufs Spiel gesetzt zu haben. So kritisiert Thies Gleiss, Bundessprecher der Antikapitalistischen Linken, die durch den Verzicht darauf, auf schnelle Neuwahlen zu bestehen, vertane "historische Chance, das massiv abgestürzte Vertrauen in die bürgerlichen Parteien und den eigenen Zuspruch in Rekordhöhe für eine neue Offensive für ihr linkes Programm im Interesse der Mehrheit zu nutzen. Linke Forderungen - sogar über das letzte Wahlprogramm hinaus - hätten popularisiert werden können und Thüringen hätte - auch da gibt es in der Geschichte ja Vorläufer - wieder einmal zum Vorreiter einer linken Regierung - ohne SPD und GRÜNE werden können" [3].

Gerade weil die sogenannte Mitte mit strammem Stiefeltritt nach rechts marschiert, ist die Formation einer klar dagegen abgegrenzten und dem sozialdarwinistischen Hauen und Stechen den Kampf ansagenden Linken die Forderung nicht nur des Tages, sondern der ganzen, von spätkapitalistischen Krisenschüben und dem weltweiten Niedergang der natürlichen Lebensgrundlagen bestimmten Epoche. Längst ist der Griff neurechter und neofaschistischer Bewegungen nach der Macht kein lokal oder nationalstaatlich eingrenzbare Phänomen mehr, sondern kündigt mit der ideologischen Gleichsetzung von neoliberaler Marktwirtschaft, nationalchauvinistischer Kriegsbereitschaft, weißer MigrantInnenfeindlichkeit und maskulin

durchgesetzter Zweigeschlechtlichkeit das Aufdämmern eines neuen Zeitalters der Barbarei an. Die planetare Synchronizität der sich schockartig aufsummierenden Krisenzyklen läßt die Bolsonaro, Trump und Orban dieser Welt als Prätorianer einer autoritären Staatlichkeit erkennen, deren administrative Handlungsgewalt auf der legalistischen Versteigerung von Sondervollmachten und Notstandsrechten basiert, die die Immunisierungskraft demokratischer Grundrechte längst ausgehebelt haben.

Diesen Hintergrund in demjenigen Land, das den Vollzug genozidaler Landnahme und rassistischer Vernichtungspolitik auf den Begriff faschistischer Ermächtigungspolitik gebracht hat, zu ignorieren ist mehr als geschichtslose Ignoranz. Wer eine Einigkeit demokratischer Parteien suggeriert, die im Falle der CDU und FDP längst zu erkennen gegeben haben, daß es keine Frage prinzipieller Unvereinbarkeit, sondern der passenden Mehrheitsverhältnisse und des günstigen Zeitpunktes ist, ob und wann die AfD zum normalen parlamentarischen Akteur aufgewertet wird, bestätigt die irreführende These von den die bürgerliche Mitte bedrohenden Rändern des parlamentarischen Spektrums. Um dem "Extremismus der Mitte" [4] die Stirn zu bieten, bedarf es klarer und eindeutiger Opposition gegen die immer selbstverständlicher erscheinende Aufhebung des universalen, einst als Inbegriff zivilisatorischen Fortschrittes gefeierten Gleichheitsprinzips.

Wenn die existenzielle Not von Menschen zum Spielball zwi-

schenstaatlicher Konflikte gemacht wird und auch PolitikerInnen der Linken in den Chor derjenigen einstimmen, die daraus ein bloßes Verwaltungs- und Sicherheitsproblem machen, dann wird der Verselbständigung der damit anerkannten Ungleichwertigkeit von Menschen Tür und Tor geöffnet. Die faktische Trennungslinie, die so zwischen den von bourgeoiser Verächtlichkeit hierzulande betroffenen und den in aller Welt vor lebensbedrohlicher Gewalt fliehenden Menschen gezogen wird, war als klassisches Herrschaftsmittel stets mit linker Gesinnung unvereinbar. Wenn die parlamentarische Linke nach Aufnahme ins bürgerlichen Lager strebt, wie in Thüringen exemplarisch durchgespielt, dann gehört die Affirmation herrschaftssichernder Praktiken zum Eintrittspreis in den Klub der Dazugehörigen. Was dann noch bleibt, sind sozialdemokratische Unterwerfungsrituale, bei denen sich um die Brotkrumen gestritten wird, die in immer geringerer Menge vom Tisch fallen.

Stände Die Linke zu den historischen Wurzeln klassenkämpferischer und herrschaftskritischer Praxis, dann würde die von den bürgerlichen Parteien und ihrer Presse mehrheitlich ausgegebene Parole, nicht mit ihr zusammenzuarbeiten, bevor sie nicht der Gegnerschaft zum deutschen Imperialismus abgeschworen habe, von den GenossInnen als faktische Würdigung ihres politischen Kurses verstanden. Wenn sie den Erfolg der Linken in Thüringen hingegen aus Gründen falsch verstandener Parteiräson bejubeln, treten sie die Bremsklötze für die Abfahrt in die politische Bedeutungslosigkeit weg. Was nach au-

ßen als Einigkeit der Partei wirken soll, auch wenn sich einigen dabei der Magen verbiegt, dem liegt die authentische Unvereinbarkeit der Bündnispolitik einer "Ramelow-Linken" mit den Alleinstellungsmerkmalen antikapitalistischer und ökosozialistischer Politik zugrunde.

Die im Spiegel am Beispiel Fischers und Ramelows vorgenommene Personifizierung ehemaliger Bewegungsparteien ist paradigmatischer Art. Die Negation des revolutionären und emanzipatorischen Erbes soll unumkehrbar sein, danach bleibt nichts als die zugewiesene Funktion als Rädchen im Getriebe der herrschenden Ordnung.

Das ist, wie gesagt, vor dem Hintergrund der für emanzipatorische und antifaschistische Kräfte zu bewältigenden Aufgabe keine opportunistischen Partizipationswünschen geschuldete Kleinigkeit. Für ein Leben, das sich nicht als Überleben auf Kosten anderer definiert, und eine Zukunft, die den nachfolgenden Generationen mehr als verbrannte Erde hinterläßt, bedarf es keiner frommen Hoffnungen, sondern beispielhafter Praxis und kämpferischer Unnachgiebigkeit.

Anmerkungen:

[1] [https://www.jungewelt.de/artikel/372195.faschismus-der-damm-](https://www.jungewelt.de/artikel/372195.faschismus-der-dammbruch.html?fbclid=IwAR1ZjYTO-kI1DCW-e9ouGef7XwpdEp-xU_oxF2HiQt9MHe2wtVQBKvH-q9_vuI)

[bruch.html?fbclid=IwAR1ZjYTO-kI1DCW-e9ouGef7XwpdEp-xU_oxF2HiQt9MHe2wtVQBKvH-q9_vuI](https://www.jungewelt.de/artikel/372195.faschismus-der-dammbruch.html?fbclid=IwAR1ZjYTO-kI1DCW-e9ouGef7XwpdEp-xU_oxF2HiQt9MHe2wtVQBKvH-q9_vuI)

[2] <https://www.deutschlandfunk.de/presseschau-aus-deutschen-zeitungen.2287.de.html>

[3] <https://www.antikapitalistische-linke.de/?p=3417>

[4] <https://www.heise.de/tp/features/Vom-braven-Buerger-zum-braunen-Wuerger-4666321.html?view=print>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1871.html>

POLITIK / KOMMENTAR / HERRSCHAFT

Flüchtlingsbewältigung - eine Hand wäscht die andere ...

Die Griechen machen es richtig. So macht man das!
Jörg Meuthen (Vorsitzender der AfD) auf Facebook [1]

(SB) 5. März 2020 - Mit der Öffnung der türkischen Westgrenze für Flüchtlinge hat Recep Tayyip Erdogan den Regierungen Europas einen Riesengefallen getan. Sie nehmen die Steilvorlage unverzüglich auf und ziehen plötzlich an einem Strang, um den Umgang mit geflohenen Menschen repressiv zu forcieren. Unter dem doppelzüngigen Vorwand, man dürfe sich von dem Despoten in Ankara nicht erpressen lassen, werden bislang geltende Standards der Menschenrechte ent-

sorgt und die Mechanismen des Krieges gegen Migranten gravierend verschärft. Die konservative Regierung in Athen hat das Asylrecht vorerst außer Kraft gesetzt, womit sie sich aller Fürsorgepflichten entledigt und die Strafverfolgung in Stellung bringt. Flüchtlinge, denen es gelingt, die Grenzsperrn zu überwinden, können im Falle einer Festnahme vor Schnellgerichten zu Haftstrafen bis zu vier Jahren verurteilt werden. Auf den Inseln in der Ägäis setzt man ankommende Migranten auf Schiffen fest, um sie der Internierung und Abschiebung zuzuführen. Die Polizei bringt an der Landgrenze zur Türkei ihr gesamtes Waffenarsenal in

Stellung, so daß Tote durch Schußwaffengebrauch nur eine Frage der Zeit sind.

Martialische Sprache und Handlungsweise der europäischen Regierungen und der EU zeugen von einem langersehnten Durchbruch an dieser Front zähneknirschender Zurückhaltung, da die Umstände nicht günstiger sein könnten, endlich mit härtesten Bandagen zu Werke zu gehen. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nahm die Lage vor Ort in Augenschein und dankte dem griechischen Ministerpräsidenten Kyriakos Mitsotakis dafür, "in diesen Zeiten unser europäisches Schild zu sein". Sie lob-

te die Grenzpolizisten für ihren "unermüdlichen Einsatz" und erklärte, daß dies "nicht nur eine griechische Grenze sei, sondern eine europäische". Sie stehe hier als Europäerin an der Seite der Griechen. "Diejenigen, die die Einigkeit Europas auf die Probe stellen wollen, werden enttäuscht sein. Wir werden auf Linie bleiben und Einheit bewahren." Zieht man in Betracht, daß gerade vor ihren Augen Grenzsoldaten Frauen und Kinder mit Tränengas beschossen hatten, läßt die Eindeutigkeit der Position von der Leyens nichts zu wünschen übrig.

Der mitangereiste kroatische Ministerpräsident Andrija Plenković zeigte sich vom erbarmungslosen Vorgehen der Grenzpolizei ebenso angetan wie von der Wortwahl der Kommissionspräsidentin als er erklärte: "Griechenland ist jetzt das Schild, die wahre Außengrenze der Europäischen Union und die Garantie für die Stabilität Europas." Dieser endgültige Perspektivwechsel, der ausschließlich die Verteidigung der vielbeschworenen Festung Europa inspiziert und munitioniert, während jenseits der Grenze nicht länger schutzbedürftige Menschen, sondern Invasoren verortet werden, die mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zurückgeschlagen werden müssen, durchzieht wie ein roter Faden die politischen Stellungnahmen der Regierungen und macht auch vor den Medien nicht Halt, die den Paradigmenwechsel fürs breite Publikum ventilieren. In welchem Maße die Sprache des Krieges Einzug in die Abschottungspolitik gehalten hat, illustriert auch die Einlassung der stellvertretenden EU-Kommissionspräsidentin Margaritis Schinas: "Wenn Europa getestet wird, können wir beweisen, dass

wir die Stellung halten und unsere Einheit siegen wird." [2]

Daß mit Griechenland erstmals ein europäischer Staat das Asylrecht suspendiert und damit einen seit Jahren vorangetriebenen Prozeß per Regierungsverfügung offiziell legitimiert hat, wurde von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, EU-Ratspräsident Charles Michel und EU-Parlamentspräsident David Sassoli ausdrücklich gebilligt. Vergeblich machte der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Filippo Grandi, in einer scharfen Verurteilung dieses Schritts geltend, daß es weder in den Genfer Konventionen noch im EU-Recht eine Grundlage dafür gebe. "Selbst Personen, die irregulär Staatsterritorium betreten, sollten nicht dafür bestraft werden, wenn sie alsbald bei den Behörden einen Asylantrag stellen", so Grandi.

Sollte man angesichts der erbarmungswürdigen und verzweifelten Lage der bis zu 20.000 geflohenen Menschen an der griechisch-türkischen Grenze nicht wenigstens ein Kontingent besonders bedrängter Personen in Ländern der EU aufnehmen? Nein sagt die große Koalition, die im Bundestag zusammen mit der FDP und der AfD einen Antrag der Grünen abgelehnt hat, 5000 unbegleitete Kinder, Schwangere, alleinreisende Frauen oder schwer Traumatisierte aus Griechenland aufzunehmen. Bei einer namentlichen Abstimmung unterstützten nur 117 Abgeordnete diese Forderung, 495 Parlamentarier stimmten dagegen. Wenngleich zahlreiche Sozialdemokraten den Antrag angeblich weitgehend befürworteten, bedienten sie sich

bei dessen Ablehnung wie so oft einer fadenscheinigen Ausflucht. So erklärte ihre stellvertretende Fraktionsvorsitzende Eva Högl, im Antrag stehe zwar "viel Richtiges", er helfe jedoch in der jetzigen Situation nicht weiter. Notwendig sei stattdessen eine europäische Lösung. [3]

Keinen Finger zu rühren, ehe nicht alle mit anpacken, was nur darauf hinauslaufen kann, beste Absichten vorzuhalten, aber das Vorhaben zu torpedieren, wird dieser Tage gerne auf die Formel gebracht, es dürfe keinen deutschen Sonderweg geben. So hatte auch Innenminister Horst Seehofer betont, daß nichts im Alleingang geschehen, sondern nur durch eine Allianz von EU-Staaten umgesetzt werden könne. Seines Erachtens sollten die EU-Grenzen für Flüchtlinge geschlossen bleiben, die in der Türkei versorgt werden könnten. "Wir wollen nicht die Wiederholung des Jahres 2015." Wenn keine geordnete Lösung gelinge, "werden wir die Unordnung bekommen, den Kontrollverlust". [4]

Im Bundestag drohte die Spitze der Unionsfraktion sogar damit, die deutschen Grenzen zu schließen, falls ein Schutz der EU-Außengrenzen nicht möglich sei. "Die Botschaft muss eine ganz klare sein: Wenn es uns nicht gelingt, die europäische Außengrenze effektiv zu schützen, dann kann das nur bedeuten, dass wir die deutsche Grenze engmaschig kontrollieren müssen und dort auch zu Zurückweisungen kommen müssten", sagte Unionsfraktionsvize Thorsten Frei (CDU). Das Innenministerium setzte per Twitter auf Deutsch, Englisch, Arabisch und Farsi die Warnung

ab: "Die Grenzen Europas stehen Flüchtlingen aus der Türkei nicht offen, und dies gilt auch für unsere deutschen Grenzen."

In den ersten drei Tagen nach Grenzöffnung auf türkischer Seite haben die griechischen Behörden eigenen Angaben zufolge mehr als 24.200 versuchte illegale Grenzübertritte verzeichnet, 182 Menschen wurden demnach festgenommen. Die Regierung in Athen sprach von einer "Invasion" und forderte eine "starke Unterstützung" aus Brüssel ein. Ursula von der Leyen gab bekannt, daß die EU Griechenland mit Einsatzkräften und 700 Millionen Euro helfen wolle, wovon 350 Millionen Euro als Soforthilfe bereitgestellt werden sollen. Darüber hinaus werde die Frontex-Mission mit Booten, Hubschraubern und weiteren Grenztruppen verstärkt. Frontex unterstrich in einer Stellungnahme seine Bereitschaft, die "Hilfe für Griechenland auf andere operative Gebiete und andere Formen der Unterstützung innerhalb des Frontex-Mandats auszuweiten". Für die Aufrüstung der Grenze werden im Handstreich Hunderte Millionen Euro aus dem Steueraufkommen der Länder Europas spendiert, während für die im Niemandsland jenseits des Zaunes gestrandeten Menschen nicht einmal die geringfügigste humanitäre Hilfe auch nur angedacht wird.

Begeistert stimmt die Phalanx jener Regierungen in den Schlachtruf ein, die ohnehin für die Gleichsetzung von "fremd" und "feindlich" berüchtigt sind. Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz lehnte eine Aufnahme von Flüchtlingen natürlich ab und wischte damit den Aufruf von Bundespräsident Alexander van

der Bellen vom Tisch, man solle sich als Teil der EU in bestimmtem Ausmaß an einer Aufnahme beteiligen. Bei einem Sondertreffen der Visegrad-Staaten Polen, Tschechien, Ungarn und Slowakei begrüßte der tschechische Regierungschef Andrej Babis, daß Griechenland "aktionsfähig" sei und versuche, die Migranten an der EU-Außengrenze aufzuhalten. Der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) bekundete die Bereitschaft seines Landes, Sicherheitsbeamte an die griechisch-türkische Grenze zu entsenden. Ungarns Regierungschef Viktor Orban sprach sich für eine engere Zusammenarbeit mit den Nicht-EU-Staaten Nordmazedonien und Serbien beim Grenzschutz aus, um diejenigen Migranten, die Griechenland bereits hinter sich gelassen hätten, dort aufzuhalten. Und der scheidende slowakische Ministerpräsident Peter Pellegrini versprach, den in der Verantwortung seines Landes liegenden Abschnitt der EU-Ostgrenze zur Ukraine zu schützen.

Die vielbeklagte Spaltung Europas in der Frage, wer Flüchtlinge aufnehmen kann und soll, verkehrt sich zu einer Einheitsfront, sobald die hermetische Schließung der Außengrenzen als einziger Punkt auf die Tagesordnung gesetzt wird. Die beiden Stränge des Stricks, der die Migration abwürgen soll, haben einvernehmlich zusammengefunden. Was in Strategie und Praxis längst vorgesehen oder bereits der Fall war, aber in gewissem Ausmaß kontrovers diskutiert, bisweilen auch konfrontativ ausgefochten oder unter Verweis auf das Völkerrecht und humanitäre Übereinkünfte

gebremst wurde, droht nun mit voller Wucht durchzuschlagen.

Alle europäischen Länder, die ihre Grenzen für Flüchtlinge geschlossen hätten und versuchten, sie durch Schläge, ein Versenken ihrer Boote oder sogar Schüsse zurückzudrängen, "treten die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte mit Füßen", erklärte Präsident Erdogan in einer Rede in Ankara. "Wenn die europäischen Länder das Problem lösen wollen, müssen sie die politischen und humanitären Bemühungen der Türkei in Syrien unterstützen." Indem nun die Regierungen Europas unterstreichen, daß auch für sie die Menschenrechte nichts weiter als eine Karte sind, die im Poker des Machtkampfs je nach Bedarf gezogen oder abgeworfen wird, legen sie unmißverständlich klar, wie einig sich beiderseits die Eliten in der Vernutzung oder Vernichtung der vor ihren Raubzügen fliehenden Menschen sind.

Anmerkungen:

[1] www.wsws.org/de/articles/2020/03/04/gren-m04.html

[2] www.welt.de/politik/ausland/live206258671/Migration-Kanzler-Kurz-lehnt-Aufnahme-weiterer-Fluechtlinge-ab.html

[3] www.tagesspiegel.de/politik/krise-an-griechisch-tuerkischer-grenze-koalition-stimmt-gegen-aufnahme-von-5000-fluechtlingen/25599690.html

[4] www.fr.de/politik/griechenland-toter-grenze-seehofer-botschaft-ueber-twitter-zr-13570345.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1871.html>

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Honduras

247.000 Menschen in

vier Jahren vor Gewalt geflohen

(El Progreso, 27. Februar 2020, radio progreso) - Nach Angaben des UNHCR sind in Honduras 247.000 Menschen in den Jahren 2014 bis 2018 vor der anhaltenden Gewalt geflohen. Zu diesem Schluss kommt die Studie "Bewertung der internen Vertreibung durch Gewalt in Honduras" [1]. Demnach erfolgt die Vertreibung durch Todesdrohungen, Ermordung von Angehörigen, Erpressung oder Rekrutierung von Minderjährigen für Maras oder andere Banden.

"Die Familien und Einzelpersonen in Honduras verlassen ihre Heimat, um ihre Leben und das ihrer Kinder zu schützen", erklärte Yolanda Zapata, Leiterin des lokalen UNHCR-Büros in San Pedro Sula. "Durch diese Studie können wir das Phänomen der zwangsweisen Vertreibung, deren Gründe und Einschätzungen besser verstehen."

Ziel dieses Berichts sei es laut Zapata, Politiken und Antwortmöglichkeiten zu entwickeln, um sich um die Bedürfnisse der Vertriebenen zu kümmern. Zudem müssten Lösungsansätze für die durch die Vertreibungen entstandenen Herausforderungen gefunden werden.

Anmerkung:

[1] <https://data2.unhcr.org/en/documents/details/73689>

URL des Artikels:

<https://www.npla.de/thema/flucht-migration/247-000-menschen-in-vier-jahren-vor-gewalt-geflohen/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

*

Quelle:

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool

Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: poonal@npla.de

Internet: <http://www.npla.de>

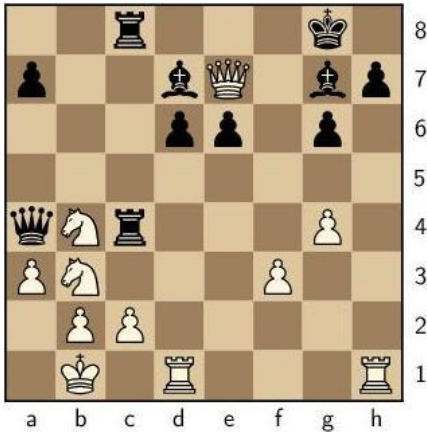
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psi00251.html>



Mißhandelter Drache

(SB) - Eine Variante bis zu ihren Wurzeln, bis zu ihrer Fragwürdigkeit hin zu erforschen, ist Ziel der Thematurniere. Da wird eine spezielle Problematik zum Ausgangspunkt der Untersuchungen gemacht. Früh zu Beginn des 19. Jahrhunderts beschäftigten sich die Meister beispielsweise mit der Frage, ob das Königsgambit, die beliebteste Angriffswaffe zu den Anfangszeiten der Turniere, überhaupt noch spielbar sei im kritischen Kontrast zur modernen Schachtheorie. Man hatte dieser Eröffnung weitgehend die Zähne gezogen. Nun rebellierten ihre Befürworter und erstrebten eine endgültige Antwort. In vielen anderen Varianten zeigte sich dasselbe Dilemma. Das Drachensystem in der Sizilianischen Verteidigung geriet in den 1970er Jahren in eine ernste Krisis. Die einst so gefürchtete Variante schien weitgehend widerlegt zu sein. Allerorten wurden Weißsiegere verzeichnet. Der Plan war kinderleicht. Weiß stürmte mit dem h-Bauern vor, öffnete die Linie und setzte den schwarzen König Matt. Lange Zeit rührte kaum noch jemand den Drachen an. Staub rieselte auf seine Schuppen herunter. Mittlerweile ist man sich in Theoriekreisen nicht mehr so sicher. Für Schwarz wurden schärfere Fortsetzungen gefunden, die zu einem Kampf um Messers Schneide führten. Wie beim Königsgambit hatten auch die Freunde des Drachen die Beweislast zu tragen. Rückschläge wie im heutigen Rätsel der Sphinx erschwerten ihre Situation. Bei strittigen Varianten ist Treue eben

eine echte Menschentugend. Also, Wanderer, wie wurde die Dra- chenstellung bis auf die Grundfe- sten erschüttert?



Kopp - Polster
Fernpartie 1981

*Auflösung des letzten
Sphinx-Rätsels:*

Offenbar hatte sich Schwarz in sei- ner Gedankenlosigkeit völlig dem Zufall ergeben, als er 1...Da5xa2? zog, denn nach 2.Ld3xh7+! Sf6xh7 3.Tg3-a3 steckte seine Dame im schlimmsten Dilemma. Zu retten war sie nicht mehr, also wehrte sich der Nachziehende noch eine Zeit- lang, ehe er schließlich resignierte: 3...Da2xa3 4.b2xa3 Ta8-b8 5.Td1- d7 Lb7-d5 6.c2-c4 Ld5-c6 7.Td7xa7 Sh7-f6 8.De2-e5 Ld5xg2 9.Ta7xf7! und Schwarz gab auf, da er nach 9...Tf8xf7 10.De5xe6 zu- viel Material verliert.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph07201.html>

Täglich eine neue
Schach-Sphinx unter:

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml

TIERE / TIERSCHUTZ / POLITIK

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München

Bundesratsverschiebung Kastenstand: Wir brauchen eine Tierschutzwende!

von Vier Pfoten - Stiftung für Tierschutz, 4. März 2020

Gestern gab es im Landwirt- schaftsministerium bei Gesprä- chen zwischen Bund und Ländern keine Einigung bei der kontrovers diskutierten Tierschutz-Nutztier- haltungsverordnung. Die Ent- scheidung wird verschoben.

Es kommentiert Rüdiger Jürgen- sen, Geschäftsführer VIER PFO- TEN Deutschland:

"Bund und Länder konnten sich bei der gestrigen Sitzung der Staatssekretärinnen und Staatsse- kretäre im Landwirtschaftsmini- sterium über die strittigen Punkte zur Zukunft der Sauenhaltung nicht einigen. Die Entscheidung zur geplanten Abstimmung im Bundesrat wurde erneut vertagt. Dass der Bundesrat die Entschei- dung über die körperengen Käfige für Sauen verschoben hat, ist ein Zeichen dafür, dass der kühl kal- kulierte Plan von Ministerin Klöckner, möglichst geräuscharm eine verfassungs- und tierschutz- widrige Verordnung den wirt- schaftlichen Interessen der Agrar- lobby anzupassen, nicht aufgegan- gen ist. Statt eines Durchmarsches stolpert die Ministerin auch auf- grund des breiten zivilgesellschaft- lichen Protestes von Tierschutzor- ganisationen. Zu kontrovers liegen die Meinungen auseinander und zu hoch ist auch der gesellschaftliche Druck der Bürgerinnen und Bür- ger. Und das ist gut.

Gut, dass nicht nur ein Großteil der Bevölkerung gegen diese Art der Tierqual ist. Gut, dass auch ei- nige Teile der Politik diese Signa- le hören und im Vorfeld heftig diskutieren und streiten. Bis zum nächsten Bundesratstermin - vor- aussichtlich im Mai. Denn die deutsche Agrarpolitik, in der aus- schließlich an den Symptomen der industriellen Tierhaltung herum- gepfuscht wird, ist ein Relikt ver- gangener Zeiten, genauso wie der tierquälerische Kastenstand. Wir brauchen eine Tierschutzwende."

*Weitere Informationen zum
Kastenstand:*

<https://www.vier-pfoten.de/kampagnen-themen/themen/schweine-haltung/kastenstand>

*Kampagnenvideo von Vier Pfoten -
Stiftung für Tierschutz auf YouTube:*
<https://youtu.be/IG-qEH84UEI>

*Der Text steht unter der Lizenz Crea-
tive Commons 4.0*
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

*

Quelle:

Internationale Presseagentur
Pressenza - Büro Berlin
Reto Thumiger
E-Mail:
redaktion.berlin@pressenza.com
Internet: www.pressenza.com/de

<http://www.schattenblick.de/infopool/tiere/tischutz/tpol-876.html>

CO2 - Gefährdungsbeginn spätgeschätzt ...

(SB) 5. März 2020 - Die Eigenschaft der tropischen Regenwälder, Kohlenstoff zu binden und so die globale Erwärmung zu verlangsamen, hat abgenommen. Sie schwindet nicht nur, sondern befindet sich in einem dramatischen Abstieg. Das wurde in einer internationalen, am Mittwoch in "Nature" veröffentlichten Studie festgestellt. An ihr waren mehr als 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, hinter denen jeweils eigene Forschungsteams stehen, beteiligt. Der Untersuchungszeitraum umfaßt 30 Jahre, wobei 300.000 Bäume in insgesamt 565 Gebieten beobachtet wurden. [1]

Noch gelten tropische Regenwälder als Kohlenstoffsinken. Das bedeutet, daß die Bäume der Atmosphäre mehr Kohlenstoff entziehen, als sie ihr hinzufügen. Die vergleichenden Untersuchungen in den tropischen Regenwäldern von Südamerika und Afrika zeigen nun, daß sich ersterer bereits in rund 15 Jahren von einer Kohlenstoffsinke in eine -quelle wandeln könnte und letzterer mit einer Zeitverzögerung von weiteren 15 Jahren ebenfalls.

"Unsere Ergebnisse sind alarmierend", kommentierte Prof. Douglas Sheil von der Norwegischen Universität für Lebenswissenschaften, NMBU, in einer Pressemitteilung das Ergebnis. "Das Wort 'alarmierend' sollte man nicht leichtfertig verwenden, aber

in diesem Fall trifft es zu." [2]

Bereits Mitte der 1990er Jahre hatte das große Forschungsnetzwerk RAINFOR für den Amazonas-Regenwald eine erste Abnahme der Kohlenstoffbindung festgestellt. In Gebieten, die das afrikanische Forschungsnetzwerk AfriTRON untersucht hat, begann der Prozeß 15 Jahre später. Die besorgniserregenden Folgen des Klimawandels haben also längst eingesetzt. "Das ist Jahrzehnte vor selbst den pessimistischsten Klimamodellen", sagte der ebenfalls an der aktuellen Studie beteiligte Prof. Simon Lewis von der School of Geography der Universität von Leeds. [3]

"Mehr Kohlenstoffdioxid beschleunigt das Baumwachstum. Aber jedes Jahr wird dieser Effekt immer stärker durch negative Auswirkungen der höheren Temperaturen und Dürren, die das Wachstum verlangsamen und Bäume absterben lassen, konterkariert", erklärte Hauptautor Dr. Wannes Hubau, ehemaliger Postdoc-Forscher an der Universität Leeds und heute am Königlichen Museum für Zentralafrika in Belgien tätig.

Neben Mooren, Böden und Weltmeeren üben tropische Regenwälder eine wichtige Kompensationsfunktion (15 Prozent) für menschengemachte CO₂-Emissionen aus. Ohne solche Kohlenstoffsinken liefe die globale Er-

wärmung schneller ab. Das birgt die Gefahr, daß um so rascher Schwellenwerte überschritten und sich selbst verstärkende Prozesse schneller in Gang gesetzt werden, als man es bisher für möglich gehalten hat. Als typisches Beispiel für solche hochdynamischen Prozesse, die globale Auswirkungen zeitigen, gilt der Eispanzer von Grönland. Dieser schrumpft und wird unaufhaltsam abschmelzen, sollte seine Oberfläche den in niedriger Höhe wehenden, wärmeren Winden ausgesetzt werden. Wo genau die Grenze liegt, weiß man nicht, aber daß es sie gibt, ist sich die Forschung sicher.

Auch bezogen auf die Fläche des Regenwalds wird ein solcher Tipping Point angenommen. Im Februar 2018 schrieben Prof. Carlos Nobre, Mitglied der Akademie der Wissenschaften und des World Resources Institute in Brasilien, und Prof. Thomas E. Lovejoy von der George Mason University in Virginia im Editorial des Journals "Science Advances", daß der Zyklus aus Verdunstung und Niederschlag des Amazonas-Regenwalds abzubrechen droht. Ein solcher Tipping Point könnte unmittelbar bevorstehen, so daß die Ökosysteme des Regenwalds nicht mehr ausreichend mit Wasser versorgt werden. [4] Der südliche Teil des Regenwalds könnte sich schon binnen 10 bis 15 Jahren in eine Savanne verwandeln, warnte Nobre unlängst.

Allein die Bäume der tropischen Regenwälder haben 250 Milliarden Tonnen Kohlenstoff gebunden. Das ist die Menge an Kohlenstoff, die durch menschliche Aktivitäten, gemessen am heutigen Verbrauchsniveau, über einen Zeitraum von 90 Jahren in Form von CO₂ emittiert würde.

Geschwindigkeit und Ausmaß, mit denen die Wälder auf die globale Erwärmung reagieren, legen nahe, daß die Folgen der gegenwärtigen Entwicklung in den Tropen viel gravierender sind als bisher angenommen, erklärte Sheil. Es sei daher "in unserem Interesse", daß dies nicht geschieht. Der Wissenschaftler spricht von einer Menschheitskatastrophe: "Davon werden Millionen Menschen betroffen sein, und es wird zu Hunger, Massenmigrationen und Konflikten beitragen." Der Vorgang kann jedoch aufgehalten und umgekehrt werden, wenn nur schnell und entschieden gehandelt wird, hofft Sheil.

Das geschieht zur Zeit allerdings nicht. Im Gegenteil. Unter dem brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro schreitet die Entwaldung des Amazonas-Regenwalds drastisch voran. Die Bergbauindustrie und Agrarlobby freuen sich. Von 2018 auf 2019 hat die gerodete Fläche um 30 Prozent zugenommen und lag bei knapp 9.166 Quadratkilometer. [5]

Der Amazonas-Regenwald durchlebt schon seit langem einen fundamentalen Wandel. Der hat sich jedoch zunehmend beschleunigt. So traten seit 2005 drei schwere Dürren auf. Vielerorts mußten deswegen Notbrun-

nen gebohrt werden, und das in einer als "immerfeucht" definierten Klimazone. Am Ende des vergangenen Jahrhunderts war der Wald um 1 bis 1,5 Grad Celsius wärmer als zu Beginn, und regional hat sich die Trockenzeit innerhalb der letzten 50 Jahre von vier auf fast fünf Monate ausgeweitet, wie spektrum.de berichtete. [6]

Von solchen schlechten Nachrichten will Bolsonaro nichts wissen. Im vergangenen Jahr entließ er den Direktor des Nationalen Instituts für Weltraumforschung (INPE), Ricardo Galvão, weil dieser Zahlen über die jüngsten Regenwaldrodungen veröffentlicht hatte, die das Ausmaß der Zerstörung zeigten. Eine Überprüfung dieser Anschuldigung ergab, daß sich nicht der Wissenschaftler, sondern Bolsonaro geirrt hat. Die aus dem Weltraum aufgenommenen Bilder zeigen sehr deutlich den Waldverlust.

Es läßt sich vorstellen, daß seit dieser politischen Einmischung die Forscherinnen und Forscher Vorsicht walten lassen und es in Zukunft vermeiden werden, mit unliebsamen Studienergebnissen auf sich aufmerksam zu machen. Zumal Galvão noch Glück hatte, daß er nur entlassen wurde. Schlimmeres kann bei Bolsonaro nicht ausgeschlossen werden, bewundert er doch die frühere Militärdiktatur. Auch hat er sich klar für Folter ausgesprochen und in der Vergangenheit sein Bedauern über den "Fehler" zum Ausdruck gebracht, daß die Generäle der Militärdiktatur nur gefoltert, aber ihre Opfer am Leben gelassen haben. Welcher Forscher, welche Forscherin in Bra-

silien wollte ihm da widersprechen ...

Anmerkungen:

[1] <https://www.nature.com/articles/s41586-020-2035-0>

[2] <https://partner.sciencenorway.no/climate-change-forests-nm-bu/followed-300-000-trees-for-30-years-tropical-forests-will-soon-be-emitting-more-carbon-than-they-capture/1648776>

[3] <https://www.commondreams.org/news/2020/03/04/alarmed-tropical-forests-shift-carbon-sponge-carbon-source>

[4] <http://advances.sciencemag.org/content/4/2/eaat2340>

[5] <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-01/amazonas-brasilien-regenwald-jair-bolsonaro-abholzung-wald>

[6] <https://www.spektrum.de/news/tipping-point-wann-erreicht-der-amazonas-seinen-kippunkt/1708482>

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-745.html>

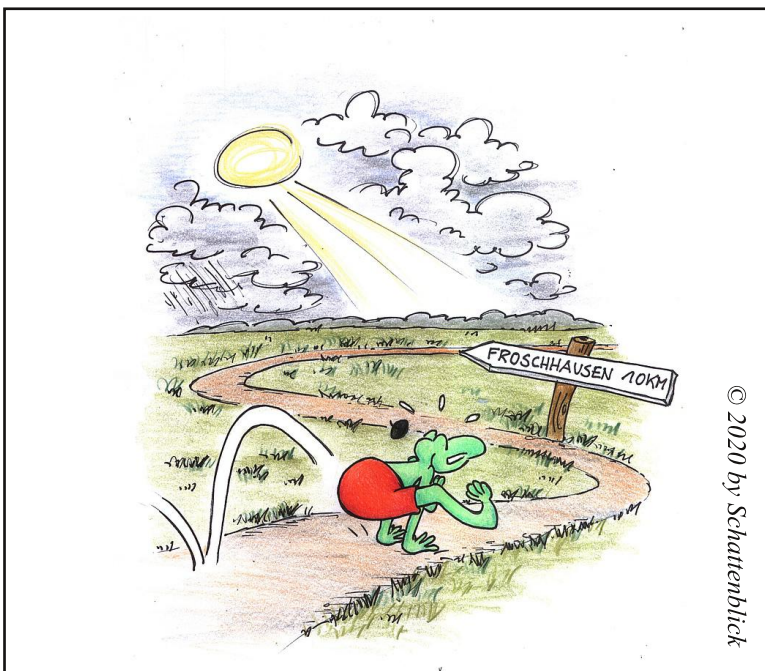
*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>*

- 1 POLITIK - KOMMENTAR: Thüringen - mögliche Konsequenzen ...
- 3 POLITIK - KOMMENTAR: Flüchtlingsbewältigung - eine Hand wäscht die andere ...
- 6 POLITIK - SOZIALES: Honduras - 247.000 Menschen in vier Jahren vor Gewalt geflohen (poonal)
- 6 SCHACH-SPHINX: Mißhandelter Drache
- 7 TIERE: Bundesratsverschiebung Kastenstand - Wir brauchen eine Tierschutzwende (Pressenza)
- 8 UMWELT - REDAKTION: CO2 - Gefährdungsbeginn spätgeschätzt ...
- 10 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 06. März 2020

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 6. März 2020

Vorhersage für den 06.03.2020 bis zum 07.03.2020



Manchmal scheint die Sonne kess,
meistens herrschen Wolkendecken,
Jean-Luc treibt ein leichter Streß,
hüpft er doch die ganzen Strecken.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.

Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de

Telefonnummer: 04837/90 26 98

Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME

Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.